

Beschluss der Geschäftsführenden Vorstände
vom 29. April 2014

Stärkung von Hospizen und Palliativversorgung

Der medizinische und technische Fortschritt macht es uns möglich, auch im hohen Alter noch mitten im Leben zu stehen. Der Tod wird aber oftmals nicht mehr als natürliches Ereignis, sondern als Folge bestimmter medizinischer Entscheidungen gesehen. So können Menschen mit Hilfe der sogenannten Apparatemedizin, z.B. im Koma, über lange Zeit am Leben gehalten werden. Damit wächst aber auch die Angst vor unnötigen lebenserhaltenden Maßnahmen und vor einem unwürdigen Tod.

Obwohl sich die meisten Menschen wünschen, zu Hause zu sterben, verbringen viele ihre letzte Lebensphase in Einrichtungen, die meist nur Senioren, Kranken und Sterbenden vorbehalten sind. Mindestens zwei Drittel der Menschen, die in Deutschland in jedem Jahr sterben, erleben ihre letzten Tage in Krankenhäusern und Pflegeheimen und nur wenige zu Hause im Kreise ihrer Nächsten.

Die Koalition setzt sich deshalb für ein Leben in Würde bis zuletzt ein. Sterben darf nicht im Verborgenen, ausgelagert in Institutionen, stattfinden, sondern ist Teil des Lebens. Unsere Gesellschaft muss sich an ihrem Verhalten gegenüber den hilfsbedürftigsten und schwächsten Mitgliedern messen lassen. Sterbenskranken Menschen beizustehen, ihre Leiden zu lindern und sie zu trösten, ist eine Aufgabe, die wir politisch unterstützen müssen. Wir wollen deshalb - wie im Koalitionsvertrag festgehalten - die Hospize und die palliativmedizinische Versorgung weiter ausbauen.

Bereits in den letzten Jahren sind beim Auf- und Ausbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung und bei der Stärkung ambulanter Hospizdienste und stationärer Hospize große Fortschritte erzielt worden. Die ambulante Palliativversorgung ist gestärkt worden. Die Zuschüsse der gesetzlichen Krankenversicherung für ambulante und stationäre Hospizarbeit sind auf eine solide Basis gestellt und gerechter ausgestaltet worden. Dieser Weg muss fortgesetzt werden.

In dem immer breiter und dichter werdenden Hilfenetz für sterbende Menschen und ihre Angehörigen nimmt die Hospizbewegung eine bedeutende Rolle wahr. Dank des außergewöhnlichen Engagements vieler Pflegekräfte, aber auch ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer, in der Hospizarbeit erleben viele Menschen ein würdiges Leben bis zuletzt und die Angehörigen Beistand und Trost in dieser schwierigen Zeit. Wir wollen daher den hospizlichen Gedanken

unterstützen und ambulante Hospizdienste und stationäre Hospize weiter stärken. Dazu gehören folgende Maßnahmen:

- Wir brauchen entsprechende Weiterbildungsangebote für Pflegefachkräfte und wollen damit erreichen, dass in allen Regionen ausreichend qualifizierte Fachkräfte mit der erforderlichen Berufserfahrung zur Verfügung stehen.
- Die jeweiligen Vertragspartner - Krankenkassen und Leistungserbringer - sind gefordert, sinnvolle und flexible Regelungen zu treffen, damit sich entsprechend dem Bedarf Leistungserbringer in ausreichender Zahl konstituieren. Gerade im ländlichen Raum müssen Anreize für einen Ausbau des Leistungsangebots geschaffen werden. Gute Beispiele der Länder zeigen, dass eine Anschubfinanzierung (wie z.B. in Bayern) den Aufbau der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung unterstützen kann.
- Vor allem in Flächenregionen muss die Vernetzung und Kooperation von medizinischer Versorgung, pflegerischer Betreuung und hospizlicher Begleitung in der Regelversorgung vorangebracht werden.
- Wir werden durch eine Gesetzesinitiative unter Berücksichtigung der föderalen Ordnung möglichst einheitliche Vorgaben für Qualifizierung und Finanzierung der Palliativversorgung entwickeln. Außerdem wollen wir die Krankenkassen verpflichten, in einer angemessenen Frist Verträge mit den Leistungserbringern abzuschließen. Das soll ein Schiedsverfahren unterstützen.
- Ein wesentlicher Schritt ist auch die Etablierung des Forums „Hospiz- und Palliativversorgung“ im Bundesministerium für Gesundheit, das allen maßgeblichen Akteuren eine Plattform zur Erörterung aktueller Themen aus der Palliativ- und Hospizversorgung bietet und in dem gemeinsam konkrete Lösungsansätze für eine gezielte Weiterentwicklung der Hospiz- und Palliativversorgung erarbeitet werden.

Königswinter, den 29. April 2014